

Politische Kultur, Parteiensystem und Wählertraditionen im deutschen Südwesten

Politische Kultur, Parteiensystem und Wählerverhalten in Baden-Württemberg sind letztlich nur aus den historisch gewachsenen regionalen Wählertraditionen im deutschen Südwesten zu erklären. Reinhold Weber zieht als Historiker und Parteienforscher einen Bogen von der Entstehung der deutschen Weltanschauungsparteien am Ende des 19. Jahrhunderts bis zu den derzeit im Landtag von Baden-Württemberg vertretenen politischen Kräften. Im Mittelpunkt stehen langfristige Kontinuitäten, aber auch Brüche vom Kaiserreich über die Weimarer Zeit und den Aufstieg der NSDAP in den beiden heute zu einem Bundesland vereinigten Ländern Baden und Württemberg bis zur Wiederbegründung der Parteien nach 1945. Die historisch angelegte Zusammenschau der Entwicklungen trägt so auch zum Verständnis der heutigen Konstellation bei, die bis in die 1970er-Jahre von einem stabilen Dreiparteiensystem geprägt war und dann eine nachhaltige Veränderung durch die Gründung der Partei der Grünen erfahren hat.

Um das Wort des Soziologen Theodor Geiger umzuwandeln, der von der Mentalität als „Haut“ und der Ideologie als „Gewand“ gesprochen hat, so ist politische Kultur als gewachsene Haut nicht austauschbar wie ein Hemd. Politische Kultur steht in engem Zusammenhang mit Mentalitäten, die als Gruppenphänomene Menschen verbinden. Sie ist das „Produkt geopolitischer Gegebenheiten, ökonomischer Bedingungen, vergangener kollektiver Erlebnisse, obrigkeitlicher Erziehungsmaßnahmen und historischer Traditionen“ in einer Region.¹ Politische Kultur basiert auf einem kollektiven Erfahrungshaushalt von Gruppen und wird so zur „kaum reflektierten Selbstverständlichkeit“ (Karl Rohe). Diese Erfahrungsvorräte werden vorwiegend über Sozialisationsagenturen wie Familie, Schule, Altersgruppe und Vereine tradiert und prägen politische Verhaltensmuster.

Politische Kultur lebt von Identitäten, vom „wir“ und „die“. Politische Praktiken und sprachliche Codes, die auf geteilten Lebenswelten, Grundwerten und Interpretationen beruhen, müssen von jedem Gruppenmitglied dechiffrierbar sein, damit sie einer Identitätsstiftung nach innen und der gleichzeitigen Abgrenzung nach außen dienen können. Politische Kultur

prägt so gesellschaftliche Regeln, aber auch politische Partizipationsformen und die Modalitäten, in denen gesellschaftliche Konflikte ausgetragen werden. Das Parteiensystem eines Landes als Anordnung von Gruppeninteressen und Wahlen als geregelter Konfliktaustrag eignen sich somit als bevorzugtes Feld einer politischen Kulturforschung, die dem politisch wirksam werdenden Gehalt von sozialen Gruppenbildungen nachspürt. Die im Folgenden vorgenommene Skizze zur Entstehung und Entwicklung des Parteiensystems sowie zu den langfristigen Wählertraditionen in den historischen Vorgängerstaaten Baden-Württembergs kann so auch zu einer vertieften Problemsicht der heutigen Konstellationen beitragen.

Gesellschaftliche Konfliktlinien werden politisiert

Die Entstehung des modernen Parteiensystems in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wie auch die Intensität der politisch-kulturellen Konflikte lassen sich am besten als das Ergebnis von Konfliktlinien erklären, die in der Sozialkultur verankert und dauerhaft politisiert worden sind. Im Zuge der zentralen Modernisierungsprozesse der Nationalstaatsbildung und der Industrialisierung sind so vier Basiskonflikte oder „Cleavages“ (Stein Rokkan) erwachsen, die zu einer organisatorischen Gruppenbildung führten und die Parteienlandschaft langfristig geprägt haben: der Konflikt zwischen (nationalem) Zentrum und (regionaler) Peripherie, zwischen Staat und Kirche, zwischen Arbeit und Kapital sowie der Konflikt zwischen Stadt und Land. Was gegen Ende des 19. Jahrhunderts als „Schwellenzeit politischer Akkumulation“ mit demokratischem Links- und nationalem Rechtsliberalismus, Sozialdemokratie, politischem Katholizismus (Zentrum) und protestantischem Konservatismus das deutsche Fünfparteiensystem ausmachte und die Parteienlandschaft in seinen Nachwirkungen bis heute prägt, lässt sich anhand dieser Konfliktlinien nachzeichnen.

„Cleavages“ öffnen den Blick auf den prinzipiell konflikthaften Charakter von Parteien und Wahlen. Dennoch ist ein Parteiensystem keineswegs ein naturwüchsiges Begleitprodukt von Industrialisierung oder Klassenbildung, sondern vielmehr das Ergebnis eines vielschichtigen Deutungs- und Vergemeinschaftungsprozesses. Politische Eliten spielen dabei eine wichtige Rolle, weil sie gesellschaftliche Konflikte in den politischen Raum übertragen. Karl Rohe hat hierfür die beiden Begriffe der Sozialkultur und der Deutungskultur geprägt: Sozialkultur als das alltäglich Gelebte, in das man, etwa als Katholik oder als Protestant, hineinsozialisiert wird; demgegenüber die Deutungskultur als kulturell überformte und „gepflegte“ Sozialkultur. Bei der Analyse eines Parteiensystems ist also darauf zu schauen,

welche Gruppen mit welchen Organisations- und Verhaltensweisen im gleichen Raum und zur gleichen Zeit agieren, wie gesellschaftliche Konflikte von Eliten aufgegriffen und gedeutet, also „kultiviert“ werden, und wie diese Deutungsangebote in der jeweiligen Zielgruppe aufgenommen werden.

Zentrum versus Peripherie: Die nationale Frage

Die „deutsche Frage“ prägte als Basiskonflikt des 19. Jahrhunderts das Parteiensystem im deutschen Südwesten, die Frage also, ob die Zukunft Deutschlands als „kleindeutscher“ Nationalstaat unter preußischer Führung oder als reformierter „großdeutscher“ Bund gleichwertiger Staaten und unter Einschluss Österreichs gestaltet werden sollte. Die verschiedenen Wege, die Baden und Württemberg in der Deutschlandpolitik gegangen sind, sind rasch umrissen.

In Baden hatte Preußen seit der Niederschlagung der 1848er-Revolution enorm an Einfluss gewonnen. Der hier seit 1860 regierende Liberalismus setzte eindeutig auf Preußen und hatte mit Großherzog Friedrich I. einen starken Herrscher, der nicht zuletzt aufgrund seiner verwandtschaftlichen Beziehungen zum preußischen Herrscherhaus über vielfältigen Einfluss in Berlin verfügte. Der Anschluss Badens an das „kleindeutsche“ Reich war – anders als in Württemberg – innenpolitisch leichter durchzusetzen. Im Zeichen der nationalen Parole sammelte sich die liberale Partei neu und war von Beginn an eine „kleindeutsche“ und nationalliberale Reichsgründungspartei in enger Anlehnung an Bismarck. „Linksabweichler“ blieben demgegenüber auch nach 1871 marginal. Bis weit in die 1890er-Jahre hinein war der Nationalliberalismus als Partei des städtisch-protestantischen Bürgertums die dominierende Kraft. Nur vor diesem Hintergrund ist der in Baden früh einsetzende Kulturkampf und die frühe Gründung einer katholischen Partei zu verstehen, mit der erst der regierende Liberalismus eine ernsthafte Konkurrenz erhielt.

Anders in Württemberg: Im Königreich hatte man lange auf eine Reform des Deutschen Bundes gesetzt. Einer Führungsrolle Preußens stand man kritisch gegenüber und schwenkte erst spät auf die „reichstreue“ Linie ein. Die preußisch dominierte Nationalstaatsgründung wurde dann zum „kritischen Ereignis“ für das württembergische Parteiensystem. 1864 hatte sich die demokratische Volkspartei von der liberalen Fortschrittspartei getrennt, weil sie deren Weg in das preußisch-deutsche Reich Bismarcks nicht mitgehen wollte. Nach dem Krieg gegen Österreich von 1866 formierte sich ihr gegenüber die „kleindeutsche“ und nationalliberale Deutsche Partei. Der Dualismus dieser beiden „ungleichen Brüder“ blieb bis zur Jahrhundert-

wende das Kennzeichen der Parteienstruktur im Land. In beiden politisch wie sozial inhomogenen Sammlungsbewegungen formierten sich Befürworter respektive Gegner der preußisch-hegemonialen Nationalstaatsgründung. Unter dem breiten Dach der Deutschen Partei waren Verfassungsliberale, Nationalliberale, freikonservative Adlige und konservative Pietisten vereint, auch wenn es „außer der Preußendevotion nicht viel Verbindendes zwischen ihnen gab“.² Die württembergische Volkspartei war demgegenüber „großdeutsch“, antipreußisch, antimilitaristisch, föderalistisch und demokratisch – eine Partei der „kleinen Leute“ und eine breite Sammlung „Oppositioneller“, deren wichtigste Zeitung *Der Beobachter* wegen seiner Rolle als Beschwerdeführer auch „Landesspucknapf“ genannt wurde.

Staat versus Kirche: Die Konfession prägt die Parteienlandschaft

Die Konfession ist eine der Kernvariablen moderner Vergesellschaftungen in Parteien, Vereinen und Verbänden sowie ein Schlüsselfaktor des Wahlverhaltens – in weiten Teilen bis heute. In Baden, Württemberg und Hohenzollern formierte sich – wenn auch mit erheblichen zeitlichen Verschiebungen – das Parteiensystem in geradezu klassischer Weise entlang der Konfliktlinie katholische Kirche versus liberal-protestantischer Staat.

Vor allem in Baden stießen zwei Prinzipien fast unversöhnlich aufeinander: Auf der einen Seite die staatskirchlichen Vorstellungen einer protestantischen Monarchie und Beamtenschaft, die sich nach der Revolution von 1848/49 mit dem Liberalismus ausgesöhnt hatten, auf der anderen Seite die katholische Kirche, die als Folge der Französischen Revolution und der Säkularisation zentralisiert und „antimodern“ war, sich an ihrem Kirchenoberhaupt in Rom jenseits der Berge („*ultra montes*“) orientierte und streng auf ihre Autonomie bedacht war. Von daher nahm der in Baden schon in den 1850er-Jahren schwelende und in den 1860ern virulent werdende Kulturkampf seine Härte, noch bevor in Preußen und im Reich die Kulturkampfmaßnahmen ergriffen wurden. Der in aller Vehemenz geführte Konflikt wurde hier zur Initialzündung einer Katholikenmobilisierung, die schon 1869 zur Gründung der „Katholischen Volkspartei“ führte, die sich dann 1888 – wie im Reich auch – Zentrum nannte und die unangefochtene Partei des katholischen Bevölkerungsteils wurde. Ähnlich gelagert waren die Verhältnisse in Hohenzollern, wo die Bevölkerung ihre Landtagsabgeordneten in das preußische Abgeordnetenhaus und ihre nationalen Vertreter in den Deutschen Reichstag wählte: seit 1874 waren dies durchweg nur noch katholische Abgeordnete.

Anders dagegen in Württemberg, das mit seiner Kirchengesetzgebung seit den 1850er-Jahren gezeigt hatte, dass sich das Verhältnis von Staat und

Kirche auch ohne einen solch vehementen Konflikt gestalten ließ. Von einer „Oase des Friedens“ war und ist die Rede, wenngleich der Konflikt zwischen katholischer Kirche und protestantischem Staatskirchentum, der immer auch ein Konflikt zwischen katholischem neuwürttembergischen „Oberland“ (Oberschwaben) und protestantischem „Unterland“ (Altwürttemberg) war, gleichermaßen politisierbar war. Der Entwicklung in Baden und im gesamten Reich hinterherhinkend, wurde das Zentrum in Württemberg erst 1894/95 gegründet, in einer Phase, als sich der Katholizismus der neuen Herausforderung der organisierten Arbeiterschaft und des erstarkten Linksliberalismus konfrontiert sah. Bis dahin waren die katholischen Interessen sowohl beim (Links-)Liberalismus als auch in der honoratiorenhaft organisierten „Landespartei“ um den bis 1900 regierenden Ministerpräsidenten Hermann Mittnacht aufgehoben.

In der liberalen Ära der Reichsgründungszeit war den „Reformern“ jedoch nicht nur auf katholischer Seite eine christlich motivierte Gegenkraft erwachsen. Auch auf protestantischer Seite – hier vor allem im orthodoxen und pietistisch geprägten Protestantismus – wurden die Modernisierungen als „Bedrohung des christlichen Volkslebens“ empfunden. Aufgrund derselben Konfliktlage also, früher noch in Baden als in Württemberg und nicht zuletzt in einer Gemengelage mit einer oppositionellen Haltung zu den wirtschaftsliberalen Positionen der 1870er-Jahre, entstanden in beiden Ländern protestantisch-konservative Parteien als Ableger der preußischen Deutschkonservativen: eine Sammlung vermeintlicher „Modernisierungsverlierer“ aus Mittelstand und Beamtenschaft, durch und durch monarchistisch und konservativ, aber „Euer Hoheit treueste Opposition“, wenn es an die vom Liberalismus „bedrohten“ christlichen Wurzeln von Staat und Gesellschaft ging, wo man sich durchaus mit dem Zentrum zur Gegenwehr zusammenfinden konnte.³

Arbeit versus Kapital: Die Politisierung der Klassenzugehörigkeit

Es war keineswegs selbstverständlich, dass sich die Politisierung eines Klassenbewusstseins im Parteiensystem niederschlagen musste. Der Arbeiterschaft in Baden und Württemberg gelang dies im reichsweiten Vergleich nur mit Verzögerung. Als 1869 in Eisenach die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) gegründet wurde, waren aus Württemberg gerade einmal vier und aus Baden ein Delegierter vertreten. Erst seit der Mitte des 19. Jahrhunderts setzte im Südwesten eine lebhaftere Industrialisierung ein. Im moderneren Baden entstand eine Fabrikarbeiterschaft im Wesentlichen in den wachsenden Städten Mannheim, Karlsruhe und Pforzheim, längs des Wiesentals und in Offenburg, Ettlingen und Lahr. Noch stärker dezentrali-

siert verlief die Industrieansiedlung in Württemberg mit frühen Zentren in Stuttgart und seinen Vororten, entlang des Neckars in Reutlingen, Esslingen und Heilbronn, im Filstal in Göppingen und Geislingen sowie an der Brenz in Heidenheim.

Dabei gab es zunehmend sogenannte Arbeiterbauern, die einer Beschäftigung in der wachsenden Industrie nachgingen, weil die Landwirtschaft ihre Existenz nicht mehr sichern konnte, die aber gleichzeitig als „Mondscheinbauern“ im Nebenerwerb einen landwirtschaftlichen Kleinbetrieb bewirtschafteten. Vor allem in den Rand- und Einzugsgebieten der Industrieorte vergrößerte sich diese Zahl der Arbeiter ständig, die aber keine Proletarier wurden. Viele der Industriestädte behielten auch weiterhin ein stark vom bäuerlichen Umfeld geprägtes Gesicht. Ein nicht geringer Teil der Industriearbeiterschaft lebte so weiterhin im traditionellen Dorf- und Familienkontext und blieb dörflichen Leitbildern verhaftet. So konnten einerseits nicht nur Agrarkrisen abgemildert werden, weil die Bauern Alternativen in der Stadt fanden, sondern andererseits auch industrielle Wirtschaftskrisen abgeschwächt werden, weil so mancher Arbeiter als Nebenerwerbslandwirt seine ökonomische Basis abdecken konnte. Die im Südwesten bei Wirtschaftskrisen lange gepflegte Tradition der Kurzarbeit erklärt sich auch daraus.

Zusammen mit den liberaldemokratischen Traditionen beider Länder sind damit die wesentlichen Gründe umrissen, warum die südwestdeutsche Sozialdemokratie die Partei der „kleinen Leute“, der Handwerker und Arbeiter, nicht aber der proletarischen Massen war. Als weiterer Verzögerungsfaktor für den Aufstieg der SPD kommt die erst spät erfolgte organisatorische Trennung zwischen bürgerlicher und sozialer Demokratie hinzu. Bis weit über die Reichsgründung von 1870/71 hinaus gelang es der Volkspartei, das Abwandern der gut organisierten demokratischen Arbeitervereine zur Sozialdemokratie zu verhindern. Gleichzeitig waren aber auch die christlichen Arbeitervereine stärker als im Reich. Symptomatisch war die vergleichsweise schwache Bindung der südwestdeutschen Arbeiterschaft an die „klassischen“ freien Gewerkschaften.⁴

Stadt versus Land: Ein nur bedingt parteibildender Konflikt

In einer Region, in der die Beziehungen zwischen Stadt und Land traditionell so eng waren wie im deutschen Südwesten, konnte sich ein Stadt-Land-Konflikt nur bedingt entwickeln. In der generell als nivelliert geltenden südwestdeutschen Gesellschaft war der ökonomisch selbstständige Bürger, der weder vom Adel dominiert noch gegenüber den besitzlosen Schichten in der Minderheit war, das soziale Leitbild in Stadt und Land. Als kleinräu-

miges Phänomen konnte er jedoch durchaus wirksam werden und musste von allen politischen Kräften in innerorganisatorischen Proporz- und Konsensstrukturen aufgefangen werden. Darüber hinaus wurde der Stadt-Land-Konflikt von einem zweiten Konflikt zwischen Zentrum und Peripherie überlagert, der ja ein doppelter Konflikt war und sich nicht nur im Spannungsverhältnis von preußisch-hegemonialem Nationalstaat und föderalistischem Partikularstaat zeigte, sondern eben auch als binnenregionaler Konflikt zwischen den Residenz- und Hauptstädten der beiden Länder und den jeweiligen peripheren Landesteilen. Südbaden, Hohenlohe oder Oberschwaben sind die besten Beispiele dafür, dass sich peripheres Protestverhalten gegen die binnenregionalen Zentren – gekoppelt mit anderen soziokulturellen Konflikten – auch im Parteiensystem niederschlagen konnte.

Außerdem wurde der Gegensatz von Stadt und Land meist von einer konfessionellen Konfliktlinie überlagert und war in seinem Kern ein (ökonomischer) Modernisierungskonflikt im Zuge der Industrialisierung, in dem sich eine agrarisch-dörfliche und eine städtisch-(früh-)industrialisierte Arbeits- und Lebensweise gegenüberstanden. Vor allem die Jahre um 1900 gelten als Phase tiefgreifender Veränderungen, in der die Landwirtschaft ihre Stellung als bedeutendster volkswirtschaftlicher Produktionszweig verlor. Bevölkerungszunahme und Städtewachstum, der Anstieg der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsplätze und der Bedeutungsrückgang von Dorfhandwerk und Heimgewerbe ließen vermeintliche und tatsächliche Modernisierungsverlierer zurück, die ein mobilisierbares Protestpotenzial darstellten.

Während das in den katholischen Landesteilen praktizierte Anerbenrecht große und rentable Landwirtschaftsbetriebe garantierte, führte das in den protestantischen Gebieten geltende Realteilungsrecht zur Besitzersplitterung und zu Kleinbetrieben an der Ackernahrungsgrenze. Noch 1925 war im schwächer industrialisierten Württemberg der Gleichstand der Beschäftigtenzahlen in Landwirtschaft und Gewerbe nicht erreicht. Das Land war also per Definition immer noch ein Agrarland. Ein Teil dieses Konfliktpotenzials konnte im bestehenden parteipolitischen, aber auch im vorpolitischen Raum der Vereine und Verbände aufgefangen werden. So hatte Baden – wie alle anderen deutschen Bundesstaaten auch – 1900 nach preußischem Vorbild und analog zu den Handels- und Gewerbekammern eine Landwirtschaftskammer eingeführt. Anders dagegen Württemberg, das bis 1919 keine unabhängige landwirtschaftliche Berufsvertretung kannte. Während die überall in Deutschland entstehenden Land- und Bauernbünde als politische Interessenvertretung der Landwirtschaft in Baden von kaum nennenswerter Bedeutung blieben und hier vor allem das Zentrum – wie im katholischen Bereich in Württemberg auch – diese Aufgabe übernahm, konnte auf der Basis der politisierten staatlichen Landwirtschaftsvereine in

Württemberg eine protestantische Bauernpartei entstehen. Sie war reichsweit eine Ausnahmeerscheinung, weil sie als eigenständige politische Kraft und als vollwertige Partei antrat, und nicht wie in anderen Regionen Deutschlands als Interessengruppe im vorpolitischen Raum.

Dem Tritt der Arbeiterbataillone müsse der Tritt der Bauernregimenter folgen, hieß es mit Verweis auf die Organisationsdynamik der SPD, als 1895 in Stuttgart der Württembergische Bauernbund als Partei und als Ableger des preußischen Bundes der Landwirte gegründet wurde. In der Tat entwickelte sich der Bauernbund, wie er kurz genannt wurde, innerhalb weniger Jahre zum deutlich schlagkräftigeren Pendant der städtischen Deutschkonservativen und zur Partei der protestantisch-konservativen Landwirte Württembergs, die ländlich-mittelständischen Protest gegen die liberalen Honoratiorenparteien mobilisierte und erst 1910 im Mitgliederstand von der SPD übertroffen wurde.⁵

Soziale Gruppen verdichten sich zu Milieus

In den letzten beiden Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg lässt sich eine Epochenzäsur ausmachen, die als „Selbstorganisation der Gesellschaft“ die Grundlagen der Politik neu definierte.⁶ Binnen weniger Jahre wurden – auch bedingt durch den Trend der Anpassung an das reichsweit gültige Parteienmuster – die organisatorischen „Leerstellen“ in den südwestdeutschen Parteienlandschaften aufgefüllt: mit der nach dem Ende des Sozialistengesetzes erstarkten Sozialdemokratie, mit dem katholischen Zentrum und mit den protestantisch-konservativen Parteien.

In den 1890er-Jahren setzte ein Prozess ein, der als „Fundamentalpolitisierung“ umschrieben wird und der Form und Inhalt der politischen Auseinandersetzung grundlegend änderte. Der „populistische Wandel“ der Politik zeigte sich im organisatorischen Ausbau der Parteien von „unten“ und nach „unten“. Die überkommenen honoratiorenpolitischen Strukturen wurden aufgeweicht, die Wahlkämpfe wurden konfliktreicher und nahmen zunehmend den Charakter von „modernen“ Kampagnen an. Gleichzeitig bestimmten die parteipolitischen Neulinge mit ihren Forderungen nach wirtschaftlich-sozialer und konfessioneller Gleichberechtigung die konkurrierenden Deutungsangebote auf dem „politischen Massenmarkt“. Die politischen Themen und das Wahlverhalten wurden ökonomisiert und konfessionalisiert. Vor allem die „Newcomer“ konnten sich dabei an einer sozialstrukturell definierten Wählerschaft ausrichten. In dem Maße, wie die politisch-soziale Gruppenzugehörigkeit thematisiert wurde, konnten zunehmend auch Sozialstruktur und Wählerverhalten fast linear einander zugeordnet werden.

Zwar hatte es die sozialen Großgruppen – Katholiken, Arbeiter, protestantische Bauern usw. – schon zuvor gegeben, aber erst jetzt wurden sie politisch wirksam und prägten mit erstaunlicher Dauer und Stabilität das Parteiensystem und das Wählerverhalten. Der katholische Bevölkerungsteil ist eine Paradebeispiel dafür, wie sich eine sozialkulturelle Konfliktlinie in den (partei-)politischen Raum übertragen und zur Bildung von dem geführt hat, was M. Rainer Lepsius in den 1960er-Jahren als „sozialmoralische Milieus“ bezeichnet hat: gesellschaftliche Teilkulturen, die durch das Übereinstimmen mehrerer Faktoren wie Religion, regionale Tradition, wirtschaftliche Lage und kulturelle Orientierung gebildet und mittels intermediärer Gruppen organisatorisch verklammert werden. Solche Milieus bedürfen einer gemeinsamen Interessenlage, einer als wertvoll empfundenen gemeinsamen Lebenswelt und Sozialmoral sowie einer Minderheiten- bzw. existenziellen Bedrohungssituation, damit es zu einer effektiven Gemeinschaftsbildung und zu einer vergleichsweise homogenen Politisierung kommen kann. Politische Parteien sind so als politischer Arm oder „Aktionsausschuss“ dieser Milieus zu verstehen, die in einem Prozess der Homogenisierung nach innen und der Abgrenzung nach außen politisch wirksam werden.

Katholisches Milieu und Zentrumspartei

Neben dem agrarisch-protestantischen Milieu der Konservativen, dem städtisch-bürgerlich-protestantischen Milieu des Liberalismus und dem protestantischen Arbeitermilieu der Sozialdemokratie vertrat das Zentrum das katholische Milieu. Der Konflikt über die Ordnung des Verhältnisses von Staat und Kirche schuf eine Bedrohungssituation, die die Katholiken über ökonomische Interessenlagen hinweg zusammenschweißte. Gemeinsam für Baden und Württemberg gilt dabei, dass vor allem in den 1890er-Jahren ein jüngerer und entschieden ultramontan gesinnter Kreis von „Vordenkern“ das aktive Element darstellte, der sich der modernen Herausforderung der Massenpolitik stellte. Diese „Milieumanager“ – Parteiikonen wie Theodor Wacker, Joseph Schofer und Franz Xaver Lender in Baden oder Adolf Gröber und Matthias Erzberger in Württemberg – waren die prominenten „Deutungsanbieter“ eines organisatorisch festgefügt katholischen Milieus, das über Milieunetzwerke bis in die kleinen Lebensräume hinein verfügte: der Schultheiß im Dorf, der Ortspfarrer, der Volksschullehrer oder einfach nur der „Bauer mit der größten Miste“ im Dorf, wie es zeitgenössisch hieß. Neben diesen klassischen Sozialisationsinstanzen verfügte das katholische Milieu auch über einen organisatorischen Unterbau, der in höchstem Maße „modern“ war und von der katholischen Massenpresse bis zum engmaschigen katholischen Vereins- und Verbandswesen reichte, das

Ergebnisse der Reichstagswahlen in Baden 1907–1933

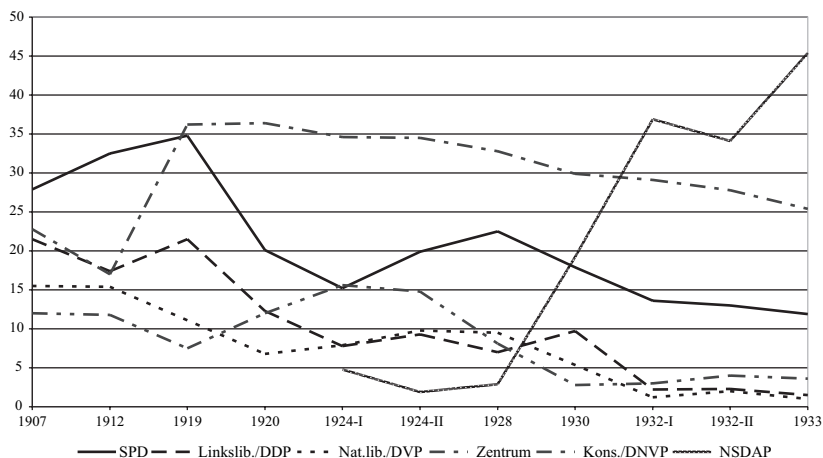


Schaubild 1: Ergebnisse der Reichstagswahlen in Baden 1907–1933⁸

alle menschlichen Bedürfnisse, Wünsche und Interessen abdeckte. Das Zentrum konnte so im Kaiserreich und in den Weimarer Jahren zur einzig echten „Volkspartei“ werden, die innerhalb des katholischen Bevölkerungsteils alle Schichten umfasste.

Bismarck hatte mit der Inszenierung des Kulturkampfes letztlich nur den „Zentrumsturm“ geschaffen. Die katholische Partei war neben der Sozialdemokratie einer der „Reichsfeinde“ und „Parias“ im Parteiensystem. Das schweißte zusammen und stärkte. Mit der permanent revitalisierbaren Drohung eines erneuten Kulturkampfes konnte das Zentrum die Katholiken mobilisieren und langfristig auf sich verpflichten. In Württemberg etwa erreichte die Partei nach 1900 Ausschöpfungsquoten von bis zu siebenzig Prozent, das heißt, dass statistisch geschätzte siebenzig Prozent der katholischen Wahlberechtigten auch einen Kandidaten des Zentrums wählten.⁷ Nachdem die Partei so ihren Höhepunkt erreicht hatte, ging es ihr darum, den uneinnehmbaren „Zentrumsturm“ stabil zu halten. Dies gelang ihr auch über die Zäsur der Revolution von 1918/19 hinweg. Nach der rasch vollzogenen Aussöhnung mit der neuen Demokratie wurde die Partei zu einer der systemtragenden Stützen in Baden und in Württemberg. Auch gegenüber der Herausforderung der NSDAP am Ende der 1920er-Jahre und bis zur letzten „halbfreien“ Wahl im Frühjahr 1933 blieb das katholische Milieu en gros deutlich resistenter als der Protestantismus.

Ähnlich wie beim Zentrum bedurfte es eines „kritischen Ereignisses“, das die Verwurzelung der Sozialdemokratie im Südwesten vorantrieb. Das von 1878 bis 1890 geltende „Sozialistengesetz“ schuf eine solche Situation der Bedrohung, die zur milieuhaften Verdichtung führte. Wenn sich auch, so der Sozialdemokrat Wilhelm Keil in seinen Erinnerungen, das „importierte Bismarcksche Giftgeschöpf“ in Baden und Württemberg „nicht ganz so brutal ausleben konnte“ wie in Preußen, weil es hier milder gehandhabt wurde, so führte es doch die in ihrem Rechtsempfinden verletzte und zur kämpferischen Gegenhaltung motivierte Arbeiterschaft zusammen.

In einem organisatorischen „take-off“ Ende des 19. Jahrhunderts gelang der Sozialdemokratie in beiden südwestdeutschen Ländern der rasche Ausbau zur Milieupartei. Die Arbeiterpartei wurde neben der katholischen Zentrumspartei zum zweiten Paradebeispiel einer organisatorisch gefestigten Massenpartei, die von den gegnerischen Parteien – vor allem den in diesem Prozess hinterherhinkenden liberalen Parteien – als „Vorbild“ zur Mobilisierung der eigenen Anhängerschaft angeführt wurde. „Von der Wiege bis zur Bahre“: Der Spruch stand für eine allumfassende lebensweltliche Absicherung der Mitglieder, von der Arbeiterbibliothek bis zum Sportverein, von der parteieigenen Massenpresse bis zur Sterbeversicherung. Dieses „Prinzip der Masse“ führte dazu, dass die SPD wenige Jahre nach der Wende zum 20. Jahrhundert die mitgliederstärkste Partei war, mit einer schlagkräftigen Organisation bis in die lokalen Strukturen hinein.

Beide südwestdeutschen Landesverbände wollten den „modernen, auf demokratischer Grundlage aufgebauten bürgerlichen Verfassungsstaat“ errichten.⁹ Die reformistischen Vordenker wie Wilhelm Kolb, Ludwig Frank oder Wilhelm Keil waren keine „Hüter der reinen Lehre“. Vielmehr ging es ihnen um das Prinzip der Evolution statt der Revolution. Mit ihren über lange Jahre hinweg verfochtenen demokratischen und emanzipatorischen Zielen waren die Sozialdemokraten wichtige Impulsgeber für die Demokratisierung und Parlamentarisierung Deutschlands, nicht zuletzt auch in der Frage des Frauenwahlrechts. Als 1918 die deutschen Monarchien zusammen mit dem Kaiserreich untergingen, waren viele dieser Ziele erreicht. In schwierigen Zeiten musste die Partei nun Regierungsverantwortung übernehmen, oft mehr aus Pflichtbewusstsein denn aus eigenem Drang.

In der Weimarer Republik war die Sozialdemokratie eine der tragenden Säulen der neuen Demokratie. In beiden südwestdeutschen Ländern war sie Regierungspartei: pragmatischer in Baden, wo die 1917 erfolgte Parteispaltung in Mehrheits- und Unabhängige Sozialdemokraten eine geringere Bedeutung hatte und wo man bis 1929 mit Adam Remmele turnusmäßig

Ergebnisse der Reichstagswahlen in Württemberg 1907–1933

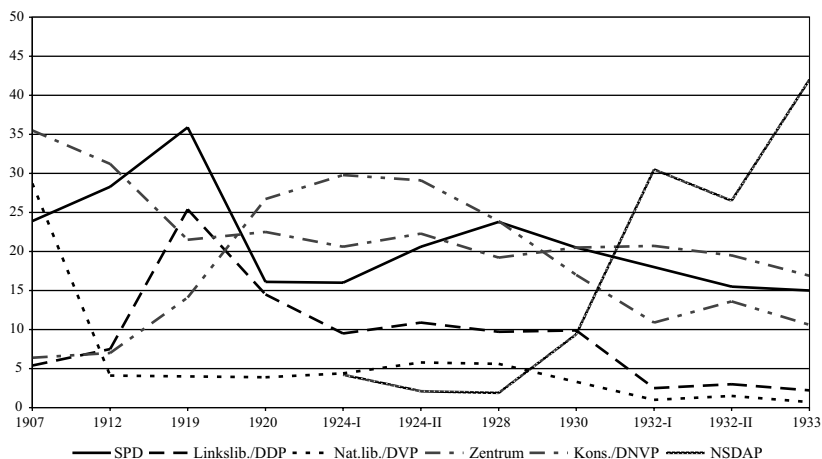


Schaubild 2: Ergebnisse der Reichstagswahlen in Württemberg 1907–1933¹⁰

den Staatspräsidenten und permanent den Innenminister stellte. Erst 1932 ging die SPD hier in die Opposition. In Württemberg, wo der Konflikt zwischen Reformisten und radikaloppositionellen Sozialisten schon 1914 mit dem „Tagwacht-Streit“, dem Konflikt um die politische Ausrichtung der größten SPD-Zeitung im Land, vorweggenommen worden war, wurde der Partei vor allem vom hier „konservativeren“ Zentrum genau dieser Innenministerposten verwehrt. Die SPD zog sich seit 1920 schleichend und dann 1923 vollends aus der Regierungsverantwortung zurück. Bis 1933 befand sie sich in ständiger Opposition im Landtag von Württemberg. Gegen Ende der Weimarer Republik hatte die Partei – politisch erlahmt und erstarrt, personell ausgezehrt und aufgerieben von der Linken (KPD) – an Einfluss verloren. So wie Kurt Schumacher oder Ludwig Marum waren zahlreiche Sozialdemokraten im Südwesten nach 1933 der Verfehlung, Verfolgung und Verhaftung durch die Nazi-Schergen ausgeliefert oder mussten gar ihr Leben lassen.

Der protestantische Konservatismus

Der protestantische Konservatismus blieb im deutschen Südwesten eher marginal, zumindest im Kaiserreich und vor allem in Baden. Wo er in Form der Deutschkonservativen nur auf die Städte begrenzt blieb, konnte er keine Massen mobilisieren, schon allein deshalb, weil es ein Ableger der als „Junker“ verschrienen preußischen Konservativen im Südwesten schwer

haben musste. Als weiterer Grund für die verzögerte Dynamik des Konservatismus kam hinzu, dass der Protestantismus in beiden Ländern gewissermaßen „regierende Partei“ war. Vor allem in Württemberg war der eher quietistische und politikferne Pietismus fest im Kirchenregiment des Landes verankert und hatte sich seit der 1848er-Krise als konservatives Bollwerk gegen die liberalen Forderungen erwiesen. Erst nach dem Ersten Weltkrieg, mit dem Untergang der Monarchien also, die dem protestantischen Konservatismus immer ein fixer Orientierungspunkt waren, war eine „Bedrohungssituation“ erwachsen, die vor allem in Württemberg den nun unter dem Namen „Bürgerpartei“ als Ableger der reichsweiten Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) firmierenden Konservativen Zulauf verschaffte – frei nach dem „Gesetz der kommunizierenden Röhren“, nach dem der Druck, der die Ziffern der SPD in die Höhe trieb, auch den Konservativen zugute kam. Zu einer wirklichen Versöhnung der Konservativen mit der Demokratie kam es in der Weimarer Zeit nie, auch wenn sie – anders als in Baden – seit 1924 und bis 1933 in Württemberg Regierungspartei waren.

Anders lag der Fall dort, wo sich die konfessionelle Konfliktlinie mit dem Konflikt zwischen moderner Industrie und herkömmlicher Landwirtschaft überlappte. Hier konnte der Württembergische Bauernbund, der sich seit 1918 Württembergischer Bauern- und Weingärtnerbund nannte und nun auch einen guten Teil der zahlreichen „Wengertler“ im Land auf sich verpflichten konnte, fulminante Erfolge erzielen. Seinen hohen Mitgliederstand – geschätzte 60.000 Mitte der 1920er-Jahre – konnte er selbst nach 1930 noch halten, als allen anderen Parteien mit Ausnahme der NSDAP die Mitglieder davonliefen. Gerade den Demokraten und Liberalen hatte der Bauernbund die Spitzenposition auf dem Land abnehmen können. Die „Graswurzelpartei“ wurde zunehmend zur bäuerlich-protestantischen Solidargemeinschaft, die in ihren Versorgungsmustern strukturell dem Zentrum und der SPD glich. Der Bauernbund sah sich selbst als Anwalt der Modernisierungsgeschädigten, ging dabei aber weit über das rein landwirtschaftliche Themenspektrum hinaus. Zunehmend vertrat er auch die lokalen Interessen der ländlichen und protestantischen Bevölkerung, sei es beim Ausbau der Eisenbahnnebenstrecken oder bei der Elektrizitäts- und Wasserversorgung. Vor allem in der Phase der Zwangswirtschaft nach 1918/19, als alle anderen Parteien auf die unterschiedlichen Interessen von Konsumenten und Produzenten Rücksicht nehmen mussten, konnte der Bauernbund seine Partikularinteressen mit voller Vehemenz vertreten, den „Milch- und Fleischkrieg“ zwischen Stadt und Land anheizen und so seine Wählergruppen an sich binden.

Das Beispiel belegt: Parteien können nur dann Erfolge an der Wahlurne erzielen, wenn sie den politisch-kulturellen Erwartungen bestimmter Mili-

aus gerecht werden. Beim Bauernbund ist diese immer enger werdende Bindung an eine bestimmte soziale Gruppe genau zu beobachten. Wo die beiden Schlüsselfaktoren „Landwirtschaft“ und „Protestantismus“ zusammentrafen, gelang es ihm, fast geschlossen von seinem Milieu gewählt zu werden und Ausschöpfungsquoten zu erreichen, die dem katholischen Zentrum nicht nachstanden. Als regionalspezifische Besonderheit blieb der Bauernbund bis August 1933 bestehen und ging dann in der NSDAP auf.

Der Liberalismus: Von schwacher milieubildender Kraft

Beide Spielarten – demokratischer Links- und nationaler Rechtsliberalismus – konnten nur so lange „Volksparteien“ bleiben, wie sich das Wählerverhalten nicht an den sozialstrukturellen Kernfaktoren Konfession und Ökonomie ausrichtete. Die Geschichte des Liberalismus ist die seiner schleichenden Auszehrung, die mit dem Aufstieg der „neuen“ Parteien, vor allem der Sozialdemokratie und des Zentrums, einsetzte. Beide liberalen Parteien mussten große Wählergruppen an die politischen Gegner abgeben – auch nach einem erneuten liberalen Revirement am Anfang der Weimarer Republik. Der Liberalismus hatte vor allem seine ländlichen Wählerschichten verloren und sich zusehends auf seine städtisch-großbürgerliche Klientel zurückgezogen. Zur konfessionsübergreifenden Partei, die vor allem der Linkliberalismus in Württemberg einst gewesen war, konnte er nicht wieder werden. Der seit dem Kulturkampf waltende antikatholische Reflex blieb im Liberalismus bis weit in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts hinein erhalten.

Zwei weitere Punkte sind anzuführen: Die innerliberale Spaltung konnte der Liberalismus nie wirklich überwinden, auch nicht nach 1918, als die Chance hierzu vielleicht am größten war. Das war und blieb eines seiner größten Defizite. Darüber hinaus blieb die mangelnde Organisationskraft ein permanentes Manko des Liberalismus. Gegenüber den anderen Parteien blieb er stets honoratiorenhaft, ohne den organisatorischen Unterbau und die milieuhafte Absicherung, die eine Partei in den Zeiten des politischen Massenmarktes brauchte. Die Nachwirkungen dieses organisatorischen Defizits und die Ausrichtung auf einzelne herausragende Persönlichkeiten waren noch nach 1945 – und sind noch heute – zu erkennen.

Konflikt- und Konsensstrukturen:

Das „mildere“ politische Klima im deutschen Südwesten

Die Geschichte des Parteienwettbewerbs in Deutschland steht unter dem Vorzeichen einer zerklüfteten Gesellschaft. Bereits in der Wilhelminischen

Epoche mit ihren grundlegenden Strukturproblemen der obrigkeitsstaatlich fixierten Parteien und ihren zu milieuübergreifenden Kompromissen unfähigen Eliten, so die These, habe die Weimarer Republik ihren „Geburtsfehler“ empfangen, an dem sie schließlich zugrunde gegangen sei. Die Parteien mit ihrer „milieuegoistischen Blickverengung“ waren demnach in erster Linie auf ihre Selbsterhaltung ausgerichtet und in der Komplexität der Interessen ihres Milieus verfangen. Die Autonomie der eigenen Subkultur habe so die Integration großer Bevölkerungsteile in die Gesamtgesellschaft verzögert, die Entwicklung der Parteien zu Volksparteien verhindert und ihre Koalitionsfähigkeit gehemmt. Vor allem für die Weimarer Zeit wird eine Verstärkung dieser milieuegoistischen Selbstfixierung konstatiert. In der Tat leistet das Milieumodell einen zentralen Beitrag zur Erklärung des langfristigen Wählerverhaltens, auch wenn es idealtypisch angelegt ist und die osmotischen Beziehungen innerhalb der gesellschaftlichen Teilkulturen vernachlässigt.¹¹ Die Konflikt- und Konsensstrukturen des Parteienwettbewerbs sind auch hier ein Seismograf für die politische Kultur einer Region, weil sich mit ihnen die Oppositions- und Koalitionsbildung der politischen Kräfte und ihrer Anhängerschaft nachzeichnen lassen. Während das im Kaiserreich praktizierte absolute Mehrheitswahlrecht in Einerwahlkreisen (mit eventuell nötiger Stichwahl) die Möglichkeit zur Koalitionsbildung „vor Ort“ bot, mussten seit der Weimarer Zeit Koalitionen landesweit vermittelt werden.

Antikatholische Konfliktstruktur und „Großblock“ in Baden

In Baden dominierte die Konfrontation zwischen regierendem Nationalliberalismus und oppositionellem Katholizismus. Dem dominierenden Nationalliberalismus stand hier bis in das 20. Jahrhundert hinein ein antinationalliberales Bündnis entgegen, angeführt vom Zentrum und erweitert um Freisinn, Demokraten und SPD, das vor allem durch die gemeinsame Forderung nach der Einführung des direkten Wahlverfahrens zusammengehalten wurde. Eine fundamentale Veränderung ergab sich mit der Verfassungsreform von 1904. Nun traten Nationalliberale, Freisinnige und Demokraten in scharfer Frontstellung gegen das Zentrum auf, das, unterstützt von den schwachen Konservativen, die absolute Mehrheit der Sitze zu erlangen drohte. Diese antikatholische Bündnisstruktur war der Auftakt zur „Großblockpolitik“, die weit über die Landesgrenzen hinaus für Aufsehen sorgte, weil die Nationalliberalen bei den Stichwahlen von 1905 erstmals die Kooperation mit der SPD suchten. In Baden paktierte also die „Reichsgründungspartei“ mit der Partei der „Reichsfeinde“ – ein einzigartiges Vorkommnis in der deutschen Geschichte vor 1914. Der „Großblock“ – das

Bündnis von „Bassermann bis Bebel“ unter Einschluss des Freisinns und der Demokraten – war zwar nicht leicht durchzusetzen, konnte aber letztendlich wegen einer auf ihren Machterhalt bedachten nationalliberalen Partei und einer stark reformistischen badischen Sozialdemokratie realisiert werden. Das bis 1913 in den Stichwahlen praktizierte Wahlbündnis zerbrach dann vor allem an reichs- und rüstungspolitischen Fragen, hatte aber Experimentalfunktion für die Reformfähigkeit des Deutschen Reiches: Die SPD war Teil einer antikatholischen Mehrheitskoalition, die eine enge Einbindung des sozialdemokratischen „Parias“ in das politische System bewirkte und zugleich eine parlamentarische Zusammenarbeit notwendig machte, wie sie aus späteren demokratischen und republikanischen Parlamenten bekannt ist.

Erst während des Ersten Weltkriegs wurden dann in Baden die letzten kulturkämpferischen Maßnahmen abgebaut, so dass die Entwicklung des Zentrums, das sich während des Krieges nach links orientiert hatte, zur Bündnisfähigkeit eingeleitet und der Grundstock zur späteren „Weimarer Koalition“ aus SPD, DDP und Zentrum gelegt werden konnte. Die Regierungsbildung in Baden erlangte dann in den Weimarer Jahren auch eine bemerkenswerte Kontinuität. Von 1919 bis 1932 wurde das Land aus einer Koalition von Zentrum und SPD, teilweise mit Beteiligung der DDP regiert, wobei die Parteien im jährlichen Wechsel den Staatspräsidenten stellten. Auch das war eine Form der politischen Konsensbildung.

„Schwarz-blaue“ Kooperationen in Württemberg

Anders gestalteten sich die Verhältnisse in Württemberg. Die bipolare Konfliktstruktur zwischen Nationalliberalen und Demokraten wurde vor allem seit der Wende zum 20. Jahrhundert aufgelöst, weil auf der einen Seite das nationalliberale Hybrid zerfiel und auf der anderen Seite die Demokraten bereit waren, Bündnisse mit der Sozialdemokratie einzugehen. Die SPD war also auch hier früh schon in die Bündnisstrukturen eingebunden. Zu einer gesamtbürgerlichen Kooperation gegen die SPD kam es nur selten.

Nach der Jahrhundertwende zeichnen sich folgende Konstellationen ab: Vor allem das nationalliberal-konservative „Kartell“ aus Bauernbund, Deutschkonservativen und Nationalliberalen sowie das „Antikartell“ der Fortschrittlichen aus Demokraten und SPD funktionierten nach dem Prinzip der abstoßenden Kräfte. Das Zentrum stand dabei außen vor oder trat dem nationalen „Kartell“ bei. Das badische Beispiel, ein protestantischer „Großblock“ gegen die Partei des Katholizismus also, war die absolute Ausnahme. Vor allem die sich seit 1906 abzeichnenden „schwarz-blauen“ Bündnisse aus Zentrum und protestantischen Konservativen, die hier deutlich

stärker waren als in Baden, standen einem solchen Vorhaben entgegen. Zumindest in ersten Ansätzen konnten hier die konfessionell definierten Grenzen früh aufgebrochen werden. Nur selten wurde dagegen das Modell des vereinigten Liberalismus praktiziert, das durch die Annäherung der beiden liberalen Parteien in den Kernfragen Ökonomie, Nation und Verfassungsreform möglich geworden war.

Auch bei den Regierungskoalitionen in der Weimarer Zeit ging Württemberg einen eigenen Weg. Die „Weimarer Koalition“ war hier schon 1920 beendet. Die Sozialdemokratie sollte, obwohl sie 1928 zur stärksten Partei wurde und eine Neuauflage der Gründungskalition der Republik möglich gewesen wäre, nicht wieder an die Macht kommen. Bei den Landtagswahlen von 1924 wurde der Bauernbund in 29 der 63 Wahlkreise des Landes die mit Abstand stärkste politische Kraft. In der Fraktionsgemeinschaft mit den städtischen Konservativen, der Bürgerpartei, bildete er die eigentliche Basis des protestantischen Teils der „schwarz-blauen“ Koalition aus Zentrum und protestantischem Konservatismus. Württemberg wurde also in diesen Jahren im wahrsten Sinne des Wortes vom „Land“ aus regiert. Es war damit auch das erste größere deutsche Land, das mit Wilhelm Bazille als Regierungschef von einem deutschnationalen Politiker regiert wurde. Das insgesamt recht stabile Regierungsbündnis wurde 1928 – nun unter der Führung des Zentrumspolitikers Eugen Bolz – fortgeführt und 1930 um die beiden liberalen Parteien mit dem Wirtschaftsminister Reinhold Maier (DDP) zum gesamtbürgerlichen Kabinett erweitert.

Politische Signale zum Konsens

Die skizzierten Bündnisstrukturen deuten darauf hin, dass die Milieugrenzen im deutschen Südwesten flüssiger waren als in anderen Teilen Deutschlands. Milieuübergreifende und „widernatürliche“ Bündnisse waren durchaus möglich. Die „Außenseiter“ im Parteiensystem, die SPD und das Zentrum, waren frühzeitig in Bündnisse mit den protestantisch-bürgerlichen Parteien eingebunden. Das änderte zwar nichts an der Stabilität der Milieuparteien, deutet aber auf eine regionalspezifische Form der politischen Kultur hin. Die Rede vom „milderen“ politischen Klima im deutschen Südwesten erfährt auch hieraus ihre Berechtigung.

Baden hingegen durchlief eine liberale Sonderentwicklung, die sich in einem verfassungsrechtlichen Modernitätsvorsprung zeigte. Nicht zuletzt regierte hier mit Großherzog Friedrich I. mehr als ein halbes Jahrhundert lang ein liberaler Fürst, der einerseits die Entwicklung eines starken protestantischen Konservatismus hemmte und andererseits die Vorherrschaft des Nationalliberalismus absicherte, der wiederum – wenn auch zur eigenen

Machtabstärkung – die Integration der Sozialdemokratie in die bestehende politische Ordnung ermöglichte.¹² Neben diesen eindeutigen Signalen von obrigkeitlicher Seite stand das „Entgegenkommen“ der Sozialdemokratie: Für sie wurde es vor 1914 zur Selbstverständlichkeit, den Staatshaushalt zu bewilligen und damit den alten Grundsatz der Partei, die Gegnerschaft zum System durch eine konsequente Budgetverweigerung auszudrücken, hinter sich zu lassen. Auch mit Hulderweisungen gegenüber der Monarchie, die außerhalb der parlamentarischen Arbeit lagen, holten sich die Sozialdemokraten von ihren norddeutschen Genossen immer wieder den Vorwurf der „Hofgängerei“ ein.

Ähnlich in Württemberg: Auch hier arbeiteten die Sozialdemokraten an der Reform des Landtagswahlrechts von 1906 mit und billigten 1907 den Staatshaushalt. Kurz zuvor hatte König Wilhelm II., der „präsidial“ regierende, bei allen politischen Parteien angesehene und ungleich beliebtere Namensvetter des preußischen Königs und deutschen Kaisers, den ersten Internationalen Sozialistenkongress auf deutschem Boden – in Stuttgart – genehmigt. Württemberg schien sich vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges nicht nur für die Sozialdemokraten des Landes auf dem Weg in eine Staatsordnung zu befinden, die monarchische und demokratische Elemente zu verbinden versprach. Symptomatisch war die Würdigung von Wilhelm Keil zum 25-jährigen Regierungsjubiläum des württembergischen Königs im Herbst 1916, als er schrieb, kein anderer als Wilhelm II. habe, wenn alle Bürgerinnen und Bürger zu entscheiden hätten, mehr Aussicht darauf, an die Spitze des Staates gestellt zu werden. Entsprechend moderat verlief in beiden südwestdeutschen Ländern der Übergang von der Monarchie zur Republik.

Konsensstrukturen auf dem konfessionellen Konfliktfeld kamen in Württemberg hinzu, das in mancherlei Hinsicht wohl „ökumenischer“ war, als oft angenommen wird. Die Kooperationsstrukturen zwischen katholischem und protestantischem Konservatismus vor 1914, die einvernehmliche und beispielgebende Lösung der Kirchen- und Schulfrage nach 1918 und die reichsweite Vorreiterrolle mit einer „schwarz-blauen“ Regierungskoalition ab Mai 1924 nahmen die interkonfessionelle Einigung des Konservatismus in der Christdemokratie nach 1945 gewissermaßen vorweg.

Der Aufstieg der NSDAP

Die zentralen Merkmale für das Parteiensystem in der Weimarer Demokratie sind bis zum Aufstieg der NSDAP die organisatorische Kontinuität der „alten“ und nun teilweise unter neuem Namen auftretenden Parteien sowie

die Stabilität der Milieuparteien über den Umbruch von 1918/19 hinweg. Trotz des fortschreitenden Angleichungsprozesses an die nationalen „Vorgaben“ blieben die wichtigsten regionalspezifischen Besonderheiten in Südwestdeutschland erhalten. Nach den sogenannten stabilen Jahren der Weimarer Republik von 1924 bis 1928 setzte eine massive Fragmentierung des Parteiensystems ein. Neue und monothematische „Single-issue“-Parteien traten auf den Plan: ökonomisch ausgerichtet die Wirtschaftspartei und die Volksrechtspartei, aber auch der spezifisch protestantisch-pietistische Christlich-Soziale Volksdienst, der vor allem in Württemberg überdurchschnittliche Erfolge verbuchen konnte. Begleitet wurden diese Prozesse von der bereits 1917 erfolgten Spaltung der SPD, als deren Ergebnis letztlich die KPD am linksextremen Rand des Parteiensystems stand, sowie von der dramatischen Auszehrung der beiden liberalen Parteien. Mit der Weltwirtschaftskrise setzte ab 1929/30 der Aufstieg der NSDAP ein.

„Anomalie“ im Wählerverhalten:

Der unterschiedliche Erfolg der NSDAP in Baden und Württemberg

Zwischen 1928 und 1933 erzielte die NSDAP in Baden und Württemberg signifikant unterschiedliche Wahlergebnisse. Bis 1933 lagen die Zahlen der Partei in Baden im Reichsschnitt oder gar darüber, in Württemberg dagegen deutlich darunter. Erst im März 1933 gelang der NSDAP in Württemberg der Anschluss an den reichsweiten Trend.

	RT 1928	RT 1930	RT 1932-I	RT 1932-II	RT 1933
Baden	3,4%	19,2%	36,9%	34,1%	45,4%
Württemberg	1,9%	9,4%	30,5%	26,5%	42,0%
Deutsches Reich	2,6%	18,3%	37,3%	33,1%	43,9%

Tabelle 1: Stimmenanteile der NSDAP bei den Reichstagswahlen 1928–1933 in Baden, Württemberg und im Reich¹³

Das Wählerverhalten in den beiden Ländern wurde als gewissermaßen „widernatürlich“ und als statistisch nicht erklärbar bewertet.¹⁴ Der württembergischen Wählerschaft schien ein hoher Wahlerfolg der Hitler-Partei bereits 1930 ins sozialstrukturelle Stammbuch geschrieben zu sein: Eine protestantische, mittelständische und stark landwirtschaftlich geprägte Wirtschafts- und Sozialstruktur gelten in der Wahlforschung reichsweit als

die Schlüsseldeterminanten für einen hohen NSDAP-Erfolg. Im Gegenteil aber wies Württemberg bei den Reichstagswahlen von 1930 den niedrigsten NSDAP-Anteil aller deutschen Länder auf. Anders dagegen in Baden: Trotz des deutlich höheren Katholikenanteils und der stärkeren Industrialisierung erzielte die NSDAP hier deutlich höhere Erfolge.

Es gibt ökonomische Rahmendaten zur Erklärung dieser „Anomalie“, vor allem die aufgrund der spezifischen Wirtschaftsstruktur und -politik Württembergs verzögert einsetzende und abgeschwächte Weltwirtschaftskrise. Die zentralen ökonomischen Krisenkennziffern wie Arbeitslosigkeit, Staatsverschuldung und Wohnungsnot lagen in Württemberg deutlich niedriger als im Nachbarland und im gesamten Reich. Der Titel eines Artikels des Wirtschaftsministers Reinhold Maier in der *Vossischen Zeitung* vom 25. Dezember 1932 – „Warum geht es in Schwaben besser?“ – war hierfür symptomatisch.¹⁵ Zur Grenzlage zum „Erbfeind“ Frankreich, die für die NSDAP in Baden sicherlich mobilisierend wirkte, kommen historisch-kulturell definierte Faktoren hinzu: Die traditionelle Skepsis und Abneigung der protestantischen Württemberger gegen politische „Großorganisationen“, dazu noch neue und „gottlose“ wie die NSDAP, die höhere Kirchenbindung im Land, eine im Reichvergleich etwas stärkere Verankerung des Linksliberalismus – dem stand die größere Anfälligkeit des nationalprotestantischen Liberalismus in Baden für den Nationalsozialismus gegenüber –, das kompakte katholische Wählersegment in peripherer Diasporalage, das eine höhere Bindung der katholischen Wähler an das Zentrum bewirkte als in Baden oder im Reich,¹⁶ und nicht zuletzt das pietistische Moment im württembergischen Protestantismus, der dem Christlich-Sozialen Volksdienst eine überdurchschnittliche Präsenz sicherte. Genuin politische Gründe sind hinzuzufügen: Württemberg wurde seit 1924 „schwarz-blau“ in einer landwirtschaftlich und mittelständisch geprägten Interessengemeinschaft von Zentrum und protestantischem Konservatismus regiert, Faktoren also, die der Wählerschaft eine Option für die NSDAP unattraktiver erscheinen ließen als in anderen Reichsteilen, auch weil es das von den Republikfeinden bekämpfte „System von Weimar“ in der württembergischen Regierungskonstellation seit 1924 gar nicht gab.

Der Bauernbund als „regionaler Puffer“

Die reichsweit gültigen „Großbefunde“ zu den Wahlerfolgen der NSDAP gelten natürlich auch für Baden und Württemberg: Die Hitler-Partei konnte aus allen Schichten, von allen Parteien und vor allem auch aus der Nichtwählerschaft Stimmen absorbieren und war eine „Volkspartei des Protes-tes“, wenn auch mit „Mittelstandsbauch“. Gleichmaßen gilt, dass sich ein

hoher katholischer Bevölkerungsanteil generell als Bremswirkung erwies, während der Protestantismus für die Hinwendung zum Nationalsozialismus anfälliger war. Erst bei den Märzahlen von 1933 konnte die NSDAP auch in katholischen Bezirken höhere Gewinne erzielen. Als überholt gilt die ältere These, vorwiegend Frauen hätten die NSDAP gewählt. Die Unterschiede im Partizipationsverhalten der Geschlechter und die geschlechtsspezifischen Parteipräferenzen zeigen dagegen als „Weimarer Muster“ vor allem zwei Merkmale: Zum einen gingen die Frauen in weit geringerem Ausmaß als die Männer überhaupt zur Urne. Zum andern wich die Erwartung der Sozialdemokraten, das von ihnen erstrittene Frauenwahlrecht würde sich auch zu ihren Gunsten auswirken, nach 1918 recht schnell der Ernüchterung. Frauen votierten – auch für manch konservativen Politiker überraschend – vor allem für die religiös definierten Parteien.

Der Schlüssel zum „Geheimnis“ der württembergischen „Anomalie“ im Wahlverhalten zu Beginn der 1930er-Jahre liegt aber beim Bauernbund. Als milieurepräsentierende Kraft des protestantisch-ländlichen Raums konnte er seine Wähler länger an sich binden als vergleichbare Parteien in anderen Regionen. Zwar hatte er 1929 noch zusammen mit der Bürgerpartei und der NSDAP das (erfolglose) Volksbegehren gegen den Young-Plan organisiert und dabei letztlich nur die NSDAP „salonfähig“ gemacht. Spätestens aber seit 1930 waren die Wahlkämpfe des Bauernbundes von der Agitation gegen die „Hetzer“ der NSDAP als „Sachwalter der städtischen Konsumenteninteressen“ geprägt. In der Tat konnte der Bauernbund so das frühe und der Entwicklung im Reich entsprechende Eindringen der NSDAP in die protestantisch-ländliche Bevölkerung verhindern. Die eklatante Organisationschwäche der württembergischen NSDAP erklärt sich auch daraus.¹⁷ Das Ergebnis der württembergischen Landwirtschaftskammerwahlen Anfang des Jahres 1932 belegt die noch dicht geschlossenen Reihen des Bauernbundes: Inmitten der Landwirtschaftskrise konnte die NSDAP gerade einen der insgesamt 48 zu vergebenden Sitze erringen.

Die langanhaltende Konstanz des Bauernbundes war bemerkenswert. Geschickt hatte die Milieurepräsentanz der protestantischen Bauernschaft die Organisations- und auch die rhetorischen Stilformen – bis hin zu antisemitischen Kampfbegriffen – der Nationalsozialisten „kopiert“ und auf die eigenen Belange übertragen: Symptomatisch war hier der „Jungbauernbund“, der nach dem „Führerprinzip“ organisiert war, dessen Mitglieder sich mit „Heil“ grüßten und dessen „Grünhemd“ zum Abwehrsymbol gegen das städtische NS-„Braunhemd“ wurde. Man hatte mit der bäuerlichen Jugendorganisation auch auf den Antiparteienreflex der Weimarer Jugend reagiert und war mit den Mitgliederzahlen lange erfolgreicher als die konkurrierende SA. Eine neue und „heidnisch“ daher kommende Milieuvetre-

tung in Form der städtischen Nationalsozialisten – dazu noch vorwiegend Studienräte und Beamte – musste es also schwer haben. Die Dämme brachen erst im März 1933, aber selbst dann konnte der Bauernbund als einzige regionale Bauernpartei, die im Reich noch antrat, 80.000 Stimmen auf sich vereinen und so als „lokaler Puffer“ mehr als fünf Prozent der Stimmen „zurückhalten“.

Der Bauernbund ist dabei auch ein gutes Beispiel dafür, dass aus dem Stimmenverlust einer Partei nicht zwingend eine Erosion des entsprechenden Milieus resultieren muss, sondern dass dieses Milieu zunächst in einem „Wirtswechsel“ auch nur den Repräsentanten wechseln kann. Durch den Übertritt von dörflichen Meinungsführern etwa konnten ganze Milieunetzwerke des Bauernbundes an den neuen „Wirt“ NSDAP übergehen, oder eben auch resistent bleiben. 1933, nach der „Machtübergabe“ an Hitler, konnte so die NSDAP in Württemberg, wenn auch verzögert und bis auf einen verbleibenden „Puffer“, fast deckungsgleich die früheren Wahlergebnisse und Hochburgen des Bauernbundes reproduzieren.

Parteien und Wählerverhalten in Baden-Württemberg

Durch die Lizenzierung der politischen Parteien nahmen die alliierten Besatzungsmächte in ganz unterschiedlicher Weise Einfluss auf den Zeitpunkt der Zulassung, auf das Gründungsmuster – von „oben“ in der französischen und stärker von „unten“ in der US-amerikanischen und britischen Besatzungszone –, auf das Führungspersonal, auf die Namengebung der Parteien und nicht zuletzt auf die Konkurrenzsituation bei den ersten Wahlen nach 1945. Die Lizenzierung hatte dabei durchaus positive Effekte: Zum einen wurden politisch belastete Personen aus den Gründungszirkeln der Parteien ferngehalten, die nun ohne den Vorwurf des Nazi-Auffangbeckens antreten konnten. Zum andern wurde eine frühe Zersplitterung des Parteiensystems verhindert.¹⁸

Stabilisierung eines Dreiparteiensystems

Drei zentrale Befunde bestimmen den Blick auf das Parteiensystem nach 1945. Von historischer Bedeutung ist die Formierung der CDU als konfessionsübergreifender Partei. Unter systemstabilisierender Hinsicht ist es das größte Verdienst der Christdemokratie, die für Deutschland verhängnisvolle Spaltung in konfessionell getrennte konservative Parteien überwunden zu haben. Möglich war dies erst nach der katastrophalen Erfahrung des Zweiten Weltkriegs und der auf katholischer wie protestantischer Seite

gemeinsam erfahrenen Unterdrückung und Verfolgung im NS-Unrechtsregime. Von nicht geringerer Bedeutung ist die Wandlung der SPD zur Mitte-Links-Volkspartei, abgeschlossen mit dem Godesberger Programm von 1959. Dass dieser Entideologierungsprozess bei einer sozialdemokratischen Arbeiterpartei von größeren ideologischen Auseinandersetzungen begleitet war als bei den konfessionell definierten Parteien, die ja, wie etwa das Zentrum, schon immer schichtenübergreifend agiert hatten, liegt auf der Hand. Drittens ist die nach 1945 erfolgte Neuformierung des Liberalismus in der FDP/DVP zu nennen.

Die Gründung der CDU war, bei großer lokaler und regionaler Unterschiedlichkeit, von mehreren zentralen Motiven geprägt: von einem antinazistischen und antikommunistischen Konsens, vom Willen, die Grundzüge des Christentums beider Konfessionen zur Grundlage des Neuaufbaus von Staat und Gesellschaft zu machen, vom Wissen um die historische Bedeutung, dadurch den Zentrumsturm überwinden und zur mehrheitsfähigen Volkspartei werden zu können, von der Absicht, ein bürgerliches Gegengewicht zu den Linkskräften zu etablieren und dabei marktwirtschaftliche Grundsätze mit der christlichen Soziallehre zu verbinden, sowie vom Ziel, einen deutschen Bundesstaat mit stark föderaldemokratischer Ausprägung zu bilden.

Aus diesem Motivmuster heraus erklärt sich die Integrationskraft der Neugründung, die eine Sammlungspartei der alten konfessionell und regional definierten Milieus war. Führungspersonal und Anhängerschaft rekrutierten sich auf katholischer Seite aus der Tradition des Zentrums, auf protestantischer Seite aus den Potenzialen des Christlich-Sozialen Volksdienstes und des Bauernbundes in Württemberg bzw. aus den (national-)liberalen Traditionen beider südwestdeutschen Länder. Schwieriger war das „Erbe“ des deutschnationalen, städtisch-protestantischen Konservatismus. Mit der Machtübertragung an die Nationalsozialisten war diese Form des Konservatismus untergegangen, die in einer diabolischen Allianz gegenüber der NSDAP letztlich den Kürzeren gezogen hatte. Gemessen an der Anfälligkeit bestimmter Wählergruppen für die NSDAP hatten jedoch alle Parteien nach 1945 „historische Leichen“ im Keller. Wer aber im Falle der CDU von Konservatismus spricht – was ja mitunter auch pejorativ geschieht –, muss wissen, dass seine preußisch-junkerliche protestantische Spielart nach 1945 nicht wiederauferstehen konnte und die Christdemokratie einen historische Zäsur in der Geschichte des Konservatismus darstellt.

Schon im Sommer 1945 hatte auf lokaler Ebene der Wiederaufbau der SPD begonnen. Die Partei konnte nahtlos an eine lange sozialdemokratische Tradition anknüpfen und besetzte mit ihren unbelasteten Funktionsträgern von Anfang an die ersten (Ober-)Bürgermeister- und Landratsposten.

Schon ein starkes Jahr nach Kriegsende verfügte die SPD wieder über einen annähernd gleich hohen Mitgliederstand wie vor dem Zerfall der Weimarer Republik. Die SPD bildete in allen drei Ländern vor der Gründung des Südweststaates von Beginn an einen nicht zu umgehenden Machtfaktor. Im selben Jahr der Südweststaatgründung wurde auch der Parteibeizirk „Südwest“ gegründet, der, auch wenn er sich erst 1962 so nannte, de facto doch der erste Landesverband der Sozialdemokraten in einem Flächenstaat der Bundesrepublik war, in dem sich die Grenzen des Parteiverbands mit denen des Landes deckten. Schon allein aufgrund der starken reformistischen Tradition der Partei in beiden alten Ländern waren die südwestdeutschen Sozialdemokraten Schrittmacher des Wandels von der klassenbewussten Arbeitervertretung zur modernen Volkspartei.

Dem Liberalismus gelang nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem Anknüpfen an die ehrwürdigen Traditionen in seinem „Stammland“ eine beachtliche Renaissance. In ihrem Namenszusatz „DVP“ gibt die FDP in Baden-Württemberg noch heute den großen liberalen Traditionen der „Deutschen Volkspartei“ des Kaiserreichs den gebührenden Raum. Mit ihrer fast ausschließlich protestantischen Ausrichtung war die FDP in den frühen Jahren des Südweststaates der konfessionelle Gegenpart zur Zentrumstradition der CDU. Auf der Grundlage des traditionellen Konfessionsgegensatzes – es war symptomatisch, dass der erste Ministerpräsident des Landes, der Liberale Reinhold Maier, die Koalition mit der protestantischen SPD einer Kooperation mit dem Katholiken Gebhard Müller von der CDU vorzog – und einer bäuerlich-gewerblichen, dörflich-kleinstädtischen Anhängerschaft konnte die Partei erneut ihre traditionellen Hochburgen im Hohenlohischen, im Remstal, im Nordschwarzwald und in den industriell entwickelten Städten des Landes mit hohem Selbstständigen-, Mittelstands- und Beamtenanteil bilden.

Für die Stabilisierung der Parteienstruktur in einem Dreiparteiensystem, das bis zur Gründung der Grünen Ende der 1970er-Jahre Bestand hatte, haben mehrere Faktoren beigetragen. Zum einen verlief dieser Prozess unter insgesamt günstigen ökonomischen Rahmenbedingungen, zum andern waren Systemalternativen durch die Erfahrung des Nationalsozialismus sowie durch den real existierenden Sozialismus auf ostdeutschem Boden diskreditiert. Die frühen Wahlerfolge der KPD nach 1945 konnten so abgefedert werden. 1956 scheiterte die Partei bei den Landtagswahlen an der nun landesweit geltenden Fünfprozenthürde. Kurze Zeit später wurde sie verboten.

Weitere gesellschaftliche und politische Integrationsleistungen kamen hinzu: Die einflussreiche Partei der Flüchtlinge und Vertriebenen, der Gesamtdeutsche Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE), der 1952 noch sechs Mandate erringen konnte und Koalitions-

partner in der ersten Landesregierung war, konnte sowohl von der SPD, vor allem aber auch von der CDU integriert werden. Das politische Bekenntnis der Vertriebenen zu den Volksparteien war so auch Ausdruck ihrer rasch erfolgten Integration. Eine weitere dauerhafte Ausdifferenzierung des Parteiensystems konnte zu Beginn der 1970er-Jahre verhindert werden, nachdem die rechtsextreme NPD mit 9,8 Prozent der Stimmen vier Jahre lang im Stuttgarter Parlament vertreten gewesen war. Das Protestmoment gegen die Große Koalition in Bonn, das sich aus Potenzialen aller Parteien nährte und in weiten Teilen das Protestwahlverhalten für die NSDAP vom Anfang der 1930er-Jahre reproduzierte, konnte in den 1970ern in die Volksparteien integriert werden, so dass 1972 und 1976 die drei Parteien CDU, SPD und FDP/DVP bei den Landtagswahlen – analog zu den Verhältnissen auf Bundesebene – kumulierte 99,4 bzw. 97,8 Prozent der Stimmanteile in einem „Zweieinhalb-Volksparteiensystem“ auf sich vereinigen konnten.

Kontinuitäten der Konflikt- und Milieustrukturen

Über alle politischen und verfassungsrechtlichen Zäsuren hinweg schlagen sich in dem skizzierten Dreiparteiensystem bis in die 1970er-Jahre hinein die tradierten sozialstrukturellen Konflikt- und Milieumuster nieder. In einem „eingefrorenen Parteiensystem“ reproduzierte die Parteienlandschaft im Grunde die Konfliktkonstellation der 1920er-Jahre, weil sich in der bundesdeutschen Nachkriegsgesellschaft keine neuen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen dauerhaft ausformen konnten. Mit großer Plausibilität sind so die vier Basiskonflikte des 19. Jahrhunderts in einem enthistorisierten Konfliktmodell zu lesen: Der Konflikt zwischen Zentrum und Peripherie als permanent virulenter Konflikt moderner Territorialstaatlichkeit (Regionalismus bzw. Föderalismus), das Verhältnis von Staat und Kirche als Abstraktion von Säkularismus versus Religiosität, der Stadt-Land-Konflikt als ökonomisch und kulturell definierter Gegensatz von Modernisierung und Traditionalismus sowie der Konflikt zwischen Arbeit und Kapital als Gegensatz zwischen ökonomisch nichtprivilegierten, abhängigen und privilegierten, unabhängigen Gesellschaftsschichten.¹⁹

Keine der drei Parteien CDU, SPD und FDP besetzte dabei nur einen Pol dieser Konfliktlinien. Vielmehr sind sie in einer asymmetrischen Konfliktstruktur zu verorten, die vor allem von zwei Hauptspannungslinien umrissen wird: In dem Gegensatz zwischen Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsorientierung einerseits und der bürgerlichen, mittelständisch-freiberuflichen Ausrichtung andererseits ist die CDU, trotz der Bedeutung der christlichen Gewerkschafter in der Partei, auf dem zweiten Pol, die SPD dagegen auf dem ersten Pol der Konfliktlinie zu platzieren. Gleichermäßen sind die Verhält-

nisse bei dem Gegensatz zwischen katholischer Konfession bzw. Kirchenbindung einerseits und protestantischer Konfessionszugehörigkeit bzw. Säkularisierung andererseits. Die FDP wiederum bewegt sich in dieser Konstellation der westdeutschen Parteiengeschichte zwischen den beiden großen Parteien. Auf der Ebene des konfessionell-säkularen Konflikts steht sie auf der Seite der SPD, im ökonomischen Verteilungskonflikt ist ihr Platz an der Seite der CDU. Daraus resultiert ihre potenzielle Fähigkeit zum Koalitionspartner für beide großen Parteien.

Der alte Konflikt zwischen Stadt und Land, gelesen als Modernisierung versus Traditionalismus, lässt sich in der deutschen Nachkriegsgesellschaft mit ihrem kaum ausgeprägten Wertewandel als gesellschaftlich-kulturelle Dimension leicht verorten. Paradigmatisch steht dafür die Auseinandersetzung über die Regelung des Schwangerschaftsabbruchs (§ 218) als politischer Dauerbrenner. Der Gegensatz zwischen (preußisch dominiertem) Zentrum und (südwestdeutscher) Peripherie hingegen wurde durch die deutsche Teilung gewissermaßen außer Kraft gesetzt. Durch die föderale Grundordnung der Bundesrepublik erhielten alle regionalen Eigenheiten – auch innerhalb der Parteien – einen konstitutionellen Rahmen und konnten so abgemildert in das nationale politische System integriert werden.

Der regionale Faktor war für die Entwicklung des Parteiensystems dennoch prägend. Gerade die CDU ist als Sammlungspartei unterschiedlicher regionaler Milieus ein gutes Beispiel dafür, warum in Deutschland nach 1945 keine dauerhaft stabilen Regionalparteien, sondern regional differenzierte Landesparteien entstanden sind. Dieses Muster schlägt sich gerade auch in Baden-Württemberg auf Landesebene nieder. Seit der Gründung des Südweststaates 1952 sind das Land und nicht zuletzt die Parteien selbst von einem „Bindestrich-Cleavage“ zwischen den historischen Landesteilen geprägt. Durch geschicktes administratives und personalpolitisches Vorgehen konnte aber nicht nur die Integration der Landesteile entscheidend vorangetrieben, sondern auch die Bildung einer Regionalpartei vermeintlicher Fusionsverlierer, etwa einer „Badener-Partei“, vermieden werden.

Dieser „Baden-Württemberg-Cleavage“ war und ist wohl in der CDU als der regional am stärksten differenzierten Partei des Landes am wichtigsten. Die bis heute anhaltende hohe Eigenständigkeit und Bedeutung der vier alten Landesverbände Südbaden, Nordbaden, Nordwürttemberg und Württemberg-Hohenzollern, die ja erst 1971 zu Bezirksverbänden in *einem* baden-württembergischen Landesverband wurden, versteht sich auch daraus. Diese Konstellation spiegelt ja nicht nur die Gründungssituation der Partei nach 1945 wider, sondern eben auch die sozialstrukturell definierte und binnenregionale Ausdifferenzierung der Partei. Sowohl für das Selbstverständnis der CDU, aber auch für das der in dieser Hinsicht schon immer

stärker zentralistischen SPD ist es eben auch heute noch von Bedeutung, ob sie sich im katholischen oder im dominant protestantischen Kontext bewegt, ob in Bayern oder in Niedersachsen bzw. in Südbaden, Nordbaden, Oberschwaben oder in Nordwürttemberg.

Wertewandel und neue Konfliktlinien

Das überaus stabile Parteiensystem erfuhr erst mit dem Übergang zur „nachindustriellen Gesellschaft“ in den 1970er-Jahren deutliche Veränderungen, die insbesondere das Verhältnis zwischen Parteien und sozialen Gruppen betrafen. Mehrere Faktoren trugen zur Lockerung der Milieustrukturen bei: In der von weitgehenden sozial- und wohlfahrtsstaatlichen Maßnahmen begleiteten deutschen Mittelstandsgesellschaft wurden soziale Konflikte abgemildert und eine klassenbedingte „Schutzsuche“ in Großgruppen relativiert. Das steigende Bildungsniveau, soziale und örtliche Mobilität trugen dazu genauso bei wie die Tertiärisierung der Wirtschaft mit der Formierung neuer und parteiungebundener Berufsgruppen im Dienstleistungssektor. Der Bedeutungsrückgang kirchlicher Bindungen sowie die Bildungsexplosion unterliefen das tradierte Monopol weltanschaulicher Deutungsanbieter wie der Kirchen und der Gewerkschaften. Die „alten“ milieuzentrierten Parteien mussten mit einer Öffnung hin zu den neuen Mittelschichten reagieren, um mehrheitsfähig zu bleiben. Mit der Entideologisierung der Parteiprogramme hatten sich die beiden großen Parteien zu schicht- und konfessionsübergreifenden Volksparteien („catch-all-parties“) entwickelt.

Führt man das Cleavage-Modell fort, so ist in diesem „kulturellen Umbruch“ eine neue Konfliktlinie hinzugekommen, die als Gegensatz von Materialismus und Postmaterialismus, von „alter“ und „neuer“ Politik zu umreißen ist. Vor allem bei den jungen, in ökonomischer Sicherheit aufgewachsenen Generationen mit formal höheren Bildungsabschlüssen haben sich unter der generellen Ausbreitung „individueller Freiheits- und Entfaltungswerte“ (Helmut Klages) postmaterialistische Einstellungen durchgesetzt, die entlang der Leitwerte Frieden, Umweltschutz und Emanzipation zu neuen sozialen Bewegungen führten und der grün-alternativen Partei in den 1980er-Jahren zum Durchbruch verhalfen. Mit den Grünen als vierter politischer Kraft hat sich die Tektonik des deutschen Parteiensystems grundlegend verändert. Zu der neuen Option für die Wähler kam Anfang der 1980er-Jahre der Kurs- und Koalitionswechsel der FDP hinzu. Der mit großem Wähleraus-tausch verbundene Wandel von einer sozialliberalen zu einer wirtschaftsliberalen Partei prägt seither die Parteienlandschaft mit der Polarisierung in die zwei politischen Lager „schwarz-gelb“ und „rot-grün“.

Die anhaltende Dominanz der CDU, die seit nunmehr über fünfzig Jahren die mit Abstand stärkste Partei im Land ist, erscheint dem heutigen Betrachter vertraut und fast „natürlich“. In der Tat ist sie „naturwüchsig“, weil die Partei über strukturelle Mehrheiten verfügt, also über lokal und regional dominante Wählertraditionen als Folge sozialstruktureller Gegebenheiten, historischer Traditionen und politisch-kultureller Besonderheiten, die die eine politische Kraft in dem Maß begünstigen, wie sie die anderen im selben Ausmaß benachteiligen. Erstaunlich ist jedoch, dass es der interkonfessionellen Volkspartei auch und gerade in der Phase einer beschleunigten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Modernisierung in den 1970er-Jahren gelang, als vermeintlich konservativste und traditionellste Partei zur hegemonialen Kraft zu werden und dies trotz schwindender Milieu- und Parteibindungen innerhalb der Wählerschaft auch zu bleiben.²⁰

Man wird diese Dominanz nur aus der Bündelung mehrerer Faktoren heraus erklären können. Als Sammelpartei unterschiedlicher Milieus ist es der CDU gelungen, die alten konfessionell definierten Milieus mit ihrem subkulturellen Unterbau zu konservieren. In großen Teilen des Landes sind die Wahlergebnisse noch immer am besten vor der Folie einer konfessionellen Landkarte zu analysieren. Die CDU steht in Südbaden und Oberschwaben in der katholischen Tradition des Zentrums, der protestantische „Erbe“ des Liberalismus und Konservatismus ist sie hingegen in weiten Teilen Nordbadens und Nordwürttembergs. Der regionale Faktor kommt hinzu, der zusammen mit der Konfession die politischen Monokulturen des Landes bestimmt. Oberschwaben und Südbaden stellen insofern nicht nur Musterfälle eines katholischen Milieus dar, sondern hier ist die Stimmabgabe für die CDU auch heute noch Bekenntnis zu Religion *und* Region. Die Partei ist hier Identitätsträger des tradierten Regionalismus und des bisweilen trotzigen Absetzens gegenüber nordwürttembergisch- bzw. nordbadisch-protestantischen Einflüssen. Das Erfolgsgeheimnis der CDU ist insofern also ihr Charakter als landesweites Bündnis ganz unterschiedlicher identitätsbekundender „Regionalparteien“.²¹

Nicht zuletzt kommt ein weiterer Faktor hinzu: Die CDU ist in Nordwürttemberg und in Nordbaden nicht nur eine „protestantische“ Partei, sondern hier, in den stärker industrialisierten Räumen des Landes und im Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft, eine Partei von Wertorientierung *und* Innovationsbereitschaft. Dieser innerparteiliche Spagat zwischen wertkonservativen, auch eher ländlichen Klientelen einerseits und „modernen“ städtischen, protestantisch-liberalen Gruppen mit ganz anderen „ways of life“ andererseits – kurz: Bollenhut und Biotech – trägt zusammen mit dem

konfessionellen und regionalen Faktor dazu bei, dass die CDU, ähnlich der CSU in Bayern, als „Landespartei“ wahrgenommen wird, in der sich langfristig ganz unterschiedliche gesellschaftliche Interessen etablieren können und der als „Staatspartei“ die höchste Problemlösungskompetenz für den prosperierenden Wirtschafts- und Lebensstandort Baden-Württemberg beigemessen wird.

Bei der Sozialdemokratie des Landes ist demgegenüber langfristig eher von Stagnation zu reden. Natürlich gilt, dass die Partei noch immer in den industriellen Ballungsräumen des Landes ihre Hochburgen hat, dort also, wo hoher Protestanten- und Arbeiteranteil sowie Gewerkschaftszugehörigkeit – auch im Dienstleistungs- und im öffentlichen Sektor – zusammentreffen. Die Gründe, warum die SPD auch in Räumen, wo ihr eigentlich ein günstiger sozialstruktureller Boden bereitet sein müsste, dennoch fast traditionell unter ihren „Möglichkeiten“ bleibt, wurden bereits dargelegt.

Den auf sozialdemokratischer Seite aufkeimenden Hoffnungen Anfang der 1960er-Jahre, als die SPD parallel zur Entwicklung auf Bundesebene einen Aufschwung erlebte, folgte der dauerhafte Abwärtstrend in den Zeiten der sozialliberalen Koalition in Bonn, als die CDU im Land gar absolute Mehrheiten erzielte. Der Aufstieg der Grünen Anfang der 1980er-Jahre verringerte zunächst nochmals die Erfolgsaussichten der SPD, die den Spagat zwischen der traditionellen Arbeiterschaft und den postmaterialistischen Bildungseliten nicht halten konnte. Wohl stand die Partei in besonderen Situationen – bei der „NPD-Wahl“ 1968 und erneut bei den Gewinnen der rechtsextremen Republikaner 1992 – als Partner einer großen Koalition zur Verfügung und realisierte damit ihren im Grunde einzigen Weg, im Land an der Macht zu partizipieren. Allerdings honorierten die Wähler weder den Pragmatismus eines Walter Krause noch den Modernismus eines Dieter Spöri. Mit 25,1 Prozent war die SPD 1996, am Ende der „Koalition der Verlierer“, auf ihrem historischen Tief seit der Gründung des Landes angelangt. Das Ergebnis von 2001 (33,3 %) scheint dagegen eher eine „Normalisierung“ als ein sich abzeichnender Aufwärtstrend zu sein. Die Vormachtstellung der CDU, die eben auch in die traditionellen Arbeitermilieus und in die neuen Mittelschichten eindringen konnte, scheint die SPD im Land nur relativieren, nicht aber brechen zu können.

Während die CDU den Ausgleich von Traditionsbewusstsein und Modernisierungswillen bei jeder Wahl erneut unter Beweis stellen muss, bewegt sich die SPD wie alle anderen Parteien auch im Spannungsfeld der großen Kontroversen seit den 1990er-Jahren: Globalisierung, fortschreitende Individualisierung und ökologische Herausforderung. Ob in dieser Konfliktdimension rechts- oder linksextreme Parteien dauerhaft Zulauf gewinnen, ist bislang offen. Genauso offen ist die Frage, ob die Auseinandersetzung über

Ergebnisse der Landtagswahlen in Baden-Württemberg 1952–2001

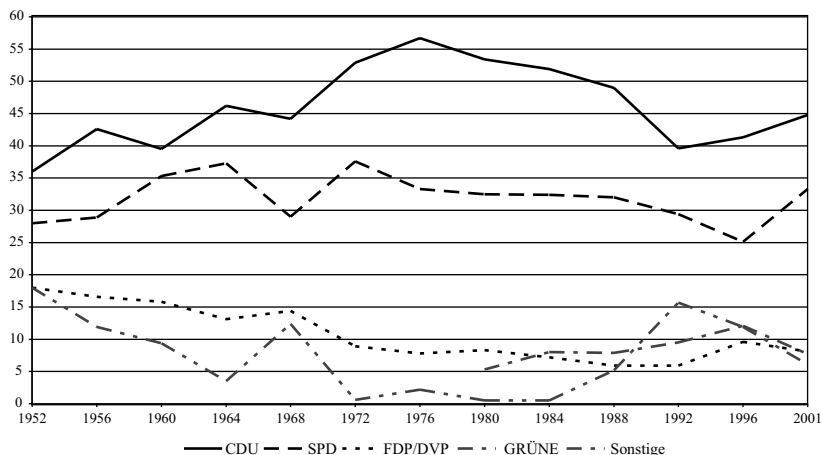


Schaubild 2: Ergebnisse der Landtagswahlen in Baden-Württemberg 1952–2001²²

die zukünftige Wirtschaftspolitik und über die sozialen Sicherungssysteme als revitalisierter Konflikt zwischen oberen und unteren Segmenten der Bevölkerungspyramide zu einer weiteren dauerhaften Fraktionierung des Parteiensystems führt. Davon dürfte vor allem die „neue“, an der Mitte orientierte Sozialdemokratie betroffen sein, für die es gilt, die Etablierung einer neuen Partei „links“ von ihr zu verhindern.

Liberalismus und Postmaterialismus: FDP/DVP und Grüne

Die beiden kleineren Parteien im Land, FDP/DVP und die Grünen, sind seit dem Ende der sozialliberalen Koalition weitgehend in die Logik des Lagerdenkens eingebunden. Die FDP konkurriert mit der CDU im protestantischen Raum um die konservative Wählerschaft, während die Grünen mit der SPD vor allem um die neuen Mittelschichten und um die urbanen Gruppen mit höherem Bildungsabschluss wetteifern.

Mit der Etablierung der modernen egalitären Demokratie nach 1945 war die Funktion des Liberalismus weitgehend hinfällig geworden. Entsprechend verlor die FDP, vor allem nach ihrem Umschwung zur sozialliberalen Koalition, massiv an Wählergruppen und struktureller Verankerung. Dieser Wählerschwund ging bis hin zur kümmerlichen Existenz der Partei an der Fünfprozenthürde nach einem erneuten Wechsel, nun ins „schwarze“ Lager, der vor allem in den städtischen Dienstleistungszentren zu starken Verlusten

bei linksliberalen Wählern führte. Gleichzeitig gelang es den Liberalen nicht, ihre „altliberale“ Stammwählerschaft aus deren stabiler Bindung an die CDU zurückzuerobern. Gerade für diese Wählerkreise erscheint die FDP/DVP bisweilen als wirtschaftsliberale Funktions- und Interessenpartei und als „CDU de luxe“ im protestantischen Raum, als deren „natürlicher“ und „kleiner“ Koalitionspartner sie seit 1996 im Land auftritt. Mit teilweise überlappenden Wählerkreisen konkurriert die Partei mit den Grünen um den dritten Platz in der baden-württembergischen Parteienlandschaft.

Mit dem 1980 erfolgten Einzug der Grünen in den Landtag – zum ersten Mal war die Öko-Partei damit in einem Parlament eines deutschen Flächenstaates vertreten – haben sich die Varianten der Koalitionsmöglichkeiten in Baden-Württemberg verändert. Was viele Kritiker bei der Gründung der Partei für ein „latzhosenbewandetes“ Strohfeuer hielten, hat sich als langfristiger Erfolg erwiesen: Auch im bundesweiten Vergleich konnten die Grünen in Baden-Württemberg immer Spitzenergebnisse erzielen. Nach ihrem Zusammenschluss mit der Bürgerrechtsbewegung „Bündnis 90“ der Länder der ehemaligen DDR haben sich auch die Grünen in Baden-Württemberg in Bündnis 90/Die Grünen umbenannt. Mit einem neuen Grundsatzprogramm wurde 2001 der Wandel von der Protestpartei zur Reformpartei vollzogen, der sich seit der Regierungsbeteiligung und der Realisierung von „Rot-grün“ auf Bundesebene seit 1998 angebahnt hatte.

Die „grünen Milieus“ liegen in ihrer überwältigenden Mehrheit in den Städten, vor allem in den Universitäts- und Dienstleistungszentren des Landes wie Freiburg, Heidelberg, Tübingen, Konstanz, Stuttgart und Karlsruhe. Hier, in den urbanen Zentren, ballt sich die postmaterialistische, gut ausgebildete und in der Regel auch gut verdienende Wählerklientel der Partei, hier, etwa in Konstanz und Freiburg, stellen die Grünen derzeit gar den Oberbürgermeister. Aber auch in den peripheren und eher ländlichen Regionen kann die Partei ihr stabiles Niveau halten. Entsprechend der politischen Kultur des Landes, fanden und finden die „Fundis“ in Partei und Wählerschaft wenig Anklang. Die „Realos“ und „Realas“ dominieren – pragmatisch, bisweilen wertkonservativ und genauso aus einem ökologischen wie aus einem christlichen Humanismus gespeist, wo die Grünen die Söhne und Töchter konservativ-traditioneller Milieus sind, die aus der vermeintlichen oder tatsächlichen Enge zuhause geflohen sind.

In elektoralen Mikrokosmen, in Familien also, kann so durchaus auch im konservativen Oberschwaben und in Südbaden schwarz-grüne Stimmabgabe praktiziert werden, weil man inhaltlich, atmosphärisch und politisch-kulturell gar nicht so weit auseinander steht. Die immer wieder diskutierten schwarz-grünen Gedankenspiele scheinen zwar bislang eher taktischen als realpolitischen Hintergrund zu haben, vielleicht sind sie

aber gerade in Baden-Württemberg am wahrscheinlichsten, auch weil in der nachwachsenden Führungsgeneration der CDU inhaltliche und persönliche Nähe zu den Führungszirkeln der Grünen gegeben ist. Außerdem ist zu sehen, dass in der Geschichte des deutschen Südwestens auch früher schon durchaus Raum war für vermeintlich „widernatürliche“ Bündnisse.

Anmerkungen

- 1 Zitat: Hans-Georg Wehling: Regionale politische Kultur in der Bundesrepublik Deutschland, in: ders. (Hrsg.): Regionale politische Kultur, S. 10. Zum Konzept der politischen Kulturforschung siehe auch Dirk Berg-Schlosser/Jakob Schissler (Hrsg.): Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 18/1987, Opladen 1987; Karl Rohe: Politische Kultur und ihre Analyse. Probleme und Perspektiven der Politischen Kulturforschung, in: Historische Zeitschrift, 250. Jg., 1990, S. 321–346 u. ö.
- 2 Hartwig Brandt: Parlamentarismus in Württemberg 1819–1870. Anatomie eines deutschen Landtags, Düsseldorf 1987, S. 766. Insgesamt hierzu: Dieter Langewiesche: Württembergische Liberale und Demokraten im 19. Jahrhundert, in: liberal, 22. Jg., 1980, Heft 7/8, S. 513–522 sowie ders.: Liberalismus und Demokratie in Württemberg zwischen Revolution und Reichsgründung, Düsseldorf 1974.
- 3 Reinhold Weber: Bürgerpartei und Bauernbund; Stefan Philipp Wolf: Konservatismus im liberalen Baden.
- 4 Vgl. Jörg Schadt/Wolfgang Schmierer (Hrsg.): Die SPD in Baden-Württemberg.
- 5 Reinhold Weber: Bürgerpartei und Bauernbund.
- 6 Andreas Gawatz: Das württembergische Parteiensystem.
- 7 Andreas Gawatz: Wahlkämpfe in Württemberg, S. 387.
- 8 Aufgrund der besseren Vergleichbarkeit der Ergebnisse zwischen Baden und Württemberg werden hier und in Schaubild 2 die Ergebnisse der Reichstagswahlen und nicht die der Landtagswahlen wiedergegeben. Der Übersichtlichkeit wegen wurde auf die Darstellung der Ergebnisse der USPD, der KPD und der Splitterparteien verzichtet. Die DNVP schließt hier den Badischen Landbund ein. Nicht ausgewiesen ist auch der Zusammenschluss der DDP und DVP zur Deutschen Staatspartei bei den Wahlen von 1930.
- 9 Wilhelm Kolb: Die Taktik der badischen Sozialdemokratie und ihre Kritik, Karlsruhe 1910.
- 10 Der Übersichtlichkeit wegen wurde auf die Darstellung der Ergebnisse der USPD, der KPD und der Splitterparteien verzichtet. Die Bezeichnung Kons./DNVP schließt den Württembergischen Bauern- und Weingärtnerbund ein. Nicht ausgewiesen ist der Zusammenschluss der DDP und DVP zur Deutschen Staatspartei bei den Wahlen von 1930.
- 11 Forschungsüberblicke bei Franz Walter: Milieus und Parteien in der deutschen Gesellschaft. Zwischen Persistenz und Erosion, in: Geschichte in Wissenschaft

- und Unterricht, 46. Jg., 1995, S. 479–493 sowie Peter Lösche/Franz Walter: Katholiken, Konservative und Liberale: Milieus und Lebenswelten bürgerlicher Parteien in Deutschland während des 20. Jahrhunderts, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 17. Jg., 2000, S. 471–492.
- 12 Vgl. hierzu: Frank Engehausen: *Kleine Geschichte des Großherzogtums Baden*.
 - 13 Die Stimmenanteile für Württemberg sind hier wie in den Schaubildern 1 und 2 ohne den preußischen Regierungsbezirk Sigmaringen ausgewiesen, der bei den Reichstagswahlen der Weimarer Jahre einen Wahlkreis mit Württemberg bildete.
 - 14 Jürgen W. Falter/Hartmut Bömermann: Die unterschiedlichen Wahlerfolge der NSDAP.
 - 15 Vgl. Thomas Schnabel: „Warum geht es in Schwaben besser“. Württemberg in der Weltwirtschaftskrise 1928–1933, in: ders. (Hrsg.): *Die Machtergreifung in Südwestdeutschland*. Hier auch der Artikel von Reinhold Maier im Wortlaut.
 - 16 Jürgen W. Falter/Hartmut Bömermann: Die unterschiedlichen Wahlerfolge der NSDAP, S. 290.
 - 17 Generell zu diesen Befunden: Reinhold Weber: Bürgerpartei und Bauernbund. Zur Organisationsschwäche der NSDAP vgl.: Thomas Schnabel: Die NSDAP in Württemberg 1928–1933. Die Schwäche einer regionalen Parteiorganisation, in: ders. (Hrsg.): *Die Machtergreifung in Südwestdeutschland*, S. 49–81.
 - 18 Zur jeweiligen Geschichte der Parteien in Baden-Württemberg siehe die drei Bände der „Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs“: Paul-Ludwig Weinacht (Hrsg.): *Die CDU in Baden-Württemberg*; J. Schadt/W. Schmiere: *Die SPD in Baden-Württemberg*, sowie Paul Rothmund/Erhard R. Wiehn (Hrsg.): *Die F.D.P./DVP in Baden-Württemberg*.
 - 19 Vgl. hierzu und zum Folgenden vor allem die Beiträge von Ulrich Eith und Gerd Mielke, in: dies. (Hrsg.): *Gesellschaftliche Konflikte und Parteiensysteme*, sowie die Beiträge in Michael Eilfort (Hrsg.): *Parteien in Baden-Württemberg*, jeweils mit weiterführender Literatur.
 - 20 Gerd Mielke: Sozialer Wandel und politische Dominanz in Baden-Württemberg.
 - 21 Vgl. Hans-Georg Wehling: *Politische Kultur, Wahlverhalten und Parteiensystem in Baden-Württemberg*.
 - 22 Nicht ausgewiesen sind die Ergebnisse der Splitterparteien KPD, GB/BHE und der „Republikaner“ (zusammengefasst in der Kategorie „Sonstige“). Zur Analyse der einzelnen Landtagswahlen vgl. den Beitrag von Thomas Schwarz: *Bundestags- und Landtagswahlen 1952–2002*, in Michael Eilfort (Hrsg.): *Parteien in Baden-Württemberg*, S. 230–243.

Literaturhinweise:

- Eilfort, Michael (Hrsg.): *Parteien in Baden-Württemberg*, Stuttgart 2004.
- Eith, Ulrich/Mielke Gerd (Hrsg.): *Gesellschaftliche Konflikte und Parteiensysteme. Länder und Regionalstudien*, Wiesbaden 2001.

- Engehausen, Frank: Kleine Geschichte des Großherzogtums Baden 1806–1918, Karlsruhe 2005.
- Falter, Jürgen W./Bömermann, Hartmut: Die unterschiedlichen Wahlerfolge der NSDAP in Baden und Württemberg: Ergebnis differierender Sozialstruktur oder regionalspezifischer Faktoren?, in: Dieter Oberndörfer/Karl Schmitt (Hrsg.): Parteien und regionale politische Traditionen in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1991, S. 283–298.
- Gawatz, Andreas: Wahlkämpfe in Württemberg. Landtags- und Reichstagswahlen beim Übergang zum politischen Massenmarkt (1889–1912), Düsseldorf 2001.
- Gawatz, Andreas: Das württembergische Parteiensystem zwischen Nationalisierung und regionaler Eigenständigkeit 1867–1933, in: Thomas Kühne/Cornelia Rauh-Kühne (Hrsg.): Raum und Geschichte. Regionale Traditionen und föderative Ordnungen von der Frühen Neuzeit bis zur Gegenwart. Bernhard Mann zum 65. Geburtstag, Leinfelden-Echterdingen 2001, S. 198–221.
- Mielke, Gerd: Sozialer Wandel und politische Dominanz in Baden-Württemberg. Eine politikwissenschaftlich-statistische Analyse des Zusammenhangs von Sozialstruktur und Wahlverhalten in einer ländlichen Region, Berlin 1987.
- Rothmund, Paul/Wiehn, Erhard R. (Hrsg.): Die F.D.P./DVP in Baden-Württemberg und ihre Geschichte, Stuttgart 1979.
- Schadt, Jörg/Schmierer, Wolfgang (Hrsg.): Die SPD in Baden-Württemberg und ihre Geschichte, Stuttgart 1979.
- Schnabel, Thomas (Hrsg.): Die Machtergreifung in Südwestdeutschland. Das Ende der Weimarer Republik in Baden und Württemberg 1928–1933, Stuttgart 1982.
- Weber, Reinhold: Bürgerpartei und Bauernbund in Württemberg. Konservative Parteien im Kaiserreich und in Weimar (1895–1933), Düsseldorf 2004.
- Wehling, Hans-Georg (Hrsg.): Regionale politische Kultur, Stuttgart 1985.
- Wehling, Hans-Georg: Politische Kultur, Wahlverhalten und Parteiensystem in Baden-Württemberg, in: Michael Eilfort (Hrsg.): Parteien in Baden-Württemberg, Stuttgart 2004, S. 201–218.
- Weinacht, Paul-Ludwig (Hrsg.): Die CDU in Baden-Württemberg und ihre Geschichte, Stuttgart 1978.
- Wolf, Stefan Philipp: Konservatismus im liberalen Baden. Studien zur badischen Innen-, Kirchen- und Agrarpolitik sowie zur süddeutschen Parteiengeschichte 1860–1893, Karlsruhe 1990.